Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Mit Lichtgeschwindigkeit in den harten Lockdown
2. Thorsten Kingreen: „Leben in einer Verkündungsdemokratie“
3. Kahlschlag der deutschen Krankenhäuser verhindern!
4. Corona und kein Personal: Droht dem Gesundheitssystem der Kollaps?
5. Kein Bonus in Gottes Namen
6. Coronahilfen für Selbständige: Statt Geld kommt eine Anzeige
7. Progressionsvorbehalt: Beziehern von Kurzarbeitergeld drohen Steuernachzahlungen
8. Ungleiches Terrain: Eine Studie zu Größe und Einfluss der Finanzlobby in Deutschland
9. Horrende Kosten bei Riester-Verträgen Anbieter kassieren bis zu 38 Prozent des eingezahlten Geldes
10. Bis zu 1,4 Milliarden Euro Mehrkosten bei S 21?
11. System Dolphin: Wie Anleger Millionen verlieren
12. BND sucht skrupellose Anfänger zum Trojanerbau
13. Völkerrechtliche Absurditäten
14. Großbritannien rät bei schweren Allergien von Biontech-Impfstoff ab

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Mit Lichtgeschwindigkeit in den harten Lockdown**
   Hinterher ist man immer schlauer. So haben nun die Verantwortlichen des am 2. November gestarteten Lockdowns für sich die Erkenntnis mitgenommen, dass der Lockdown zu milde wirke, weil er zu „sanft“ (Markus Söder) sei. Eine Maßnahme, die die Schließung des gesamten Kultur- und Gastronomiebetriebs bewirkt, als sanft zu bezeichnen, ist zynisch. Doch um solche Feinheiten geht es schon lange nicht mehr. Eigentlich hätte man sich denken können, dass die Schließung von Stätten mit funktionierenden Hygienekonzepten nur sehr bedingt Infektionszahlen drückt – die

Stimmung dafür umso deutlicher. Deshalb soll nun der Maßnahmenhammer kommen. Offenbar hat man nicht gelernt, wie es anders geht. Zeit dafür wäre gewesen.
Ja, nach dem Lockdown ist vor dem Lockdown und wer hätte das schon geahnt, dass es so kommen würde. Hinterher ist man immer schlauer. Aber manche waren vorher schon schlau, es wurde nur nicht auf sie gehört. Hendrik Streeck zum Beispiel, der Ende Oktober in einem Positionspapier vor einer Abfolge von Lockdowns als Langzeitstrategie gewarnt hat, gemeinsam mit Jonas Schmidt-Chanasit und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) (Lockdown 2.0 und das Versagen der Politik).
In dem Papier wurde u.a. ein besserer Schutz der Risikogruppen gefordert. Nun wird Streeck wegen seiner Kritik der aktuellen Strategie von vielen Seiten diffamiert wie ein Krimineller. Unter #SterbenmitStreeck wird ihm vorgeworfen, Corona-Tote hinzunehmen. Fakt ist jedoch, dass es nicht Streeck ist, der die deutschen Corona-Toten auf dem Gewissen hat, ganz im Gegenteil: Hätte man auf ihn gehört und die Risikogruppen besser geschützt, sähen die Zahlen heute vielleicht anders aus. […]
In einer emotionalen Rede hat Angela Merkel heute einen harten Lockdown gefordert. Sie hat Glühweinstände als potenzielle Todesbringer identifiziert. Und sie hat den Geist der Aufklärung angerufen. „Man kann vieles außer Kraft setzen, aber die Schwerkraft und die Lichtgeschwindigkeit nicht.“ Im Sinne dieses Geistes wäre ein wenig mehr Aufklärung darüber, wie welche Maßnahmen wann wirken wünschenswert. Das würde deren Akzeptanz sicherlich erhöhen.
Quelle: Telepolis

Anmerkung André Tautenhahn: *Es ist doch widersprüchlich, immer mehr öffentliche Bereiche zu schließen, in denen ein Stück weit Kontrolle durch behördlich genehmigte Hygienekonzepte möglich ist, auf der anderen Seite aber zu erwarten, dass sich die Menschen im Privaten nun an alle Regeln halten. Fragwürdig ist auch die Empfehlung der Leopoldina, nun schon ab dem 14. Dezember die Schulpflicht aufzuheben. Das bedeutet ja, dass bspw. Grundschulkinder von diesem Tag an zu Hause betreut werden müssten. Nur von wem? Von den Eltern, die möglicherweise gar keine Urlaubstage mehr übrig haben, die sie dafür verwenden könnten? Dringend empfohlen wird Home-Office, sofern möglich, aber auch das wäre Arbeits- und keine Kinderbetreuungszeit. Gibt es dann eine Notbetreuung an den Schulen? Was wäre der Unterschied zum organisierten Schulbetrieb unter Pandemiebedingungen? Was ist aber, wenn die Betreuung der Kinder dann doch wieder durch die Großeltern gewährleistet würde? Das war im Frühjahr ein großes Thema, jetzt überhaupt nicht. Der Vorschlag der Leopoldina ist daher schlicht unbrauchbar und sogar gefährlich. Mit Wissenschaft hat das demnach nichts zu tun, sondern eher mit einem*

durchschaubaren Versuch, dem politischen Aktionismus Legitimität zu verleihen.

2. **Thorsten Kingreen: „Leben in einer Verkündungsdemokratie“**
In der Zeit des ersten Lockdowns hat der Verfassungsrechtler Thorsten Kingreen von der Universität Regensburg vor den Folgen des Ausnahmezustands gewarnt – und davor, was ein verengter Diskurs mit einer demokratischen Gesellschaft macht. Im Interview mit idowa zieht der Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Gesundheitsrecht eine Zwischenbilanz. […]
Zunächst sollte man einmal festhalten, dass es ja positiv ist, wenn wissenschaftliche Kritik in der Politik gehört wird; ich habe hier in den vergangenen Monaten mit fast allen politischen Parteien sehr gute Erfahrungen gemacht. Wir waren und sind ja alle unsicher, und das hat bei vielen auch das Bedürfnis ausgelöst, dass man aus Erfahrungen und gegenseitig voneinander lernen möchte. Dass die gesetzlichen Vorgaben für die Corona-Bekämpfung nach wie vor defizitär sind, liegt eben auch daran, dass wir so Vieles noch nicht wissen. Ich frage mich zum Beispiel, warum das Gesetz und die öffentliche Debatte jetzt plötzlich primär die absolute Anzahl der festgestellten Neuinfektionen für maßgeblich erklären. Nach wie vor hat die ganz überwiegende Zahl der Infizierten entweder gar keine Symptome oder so harmlose Verläufe, die einen Lockdown für sich gesehen ja kaum rechtfertigen würden. Kein Staat kann verhindern, dass Menschen krank werden und sterben. Aber er muss verhindern, dass Menschen nur deshalb sterben, weil es nicht genügend Intensivbetten und Pflegepersonal gibt. Für die derzeit nach wie vor bedrohlich hohe Auslastung der Krankenhäuser kommt es aber nicht allein auf die Anzahl der Neuinfektionen an, sondern darauf an, wie hoch der Anteil der schweren Verläufe ist und welche Bevölkerungsgruppen es besonders trifft. […]
Die Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen werden, bleibt befremdlich. Natürlich ist es sinnvoll, dass in einem Bundestaat Maßnahmen politisch koordiniert werden. Aber das kann doch erst passieren, nachdem der Bundestag darüber beraten hat. Derzeit ist es aber genau umgekehrt: Die von Ihnen so genannte Tafelrunde entscheidet und danach können das die Parlamente nur noch abnicken. Wir leben derzeit in einer Verkündungsdemokratie: Mit einer Selbstverständlichkeit wurde kürzlich der Lockdown bis zum 10. Januar verlängert, ohne dass das zuvor öffentlich diskutiert oder gar abgewartet wurde, ob und wie die jetzigen Maßnahmen greifen. Dieses diskursfreie Durchregieren ist auch deshalb nicht hinnehmbar, weil in Ministerpräsidenten-Runden Milliardenhilfen beschlossen werden; das unterhöhlt das Budgetrecht der Parlamente, die sich das nicht mehr gefallen lassen sollten. Und leider ist es übrigens nach wie vor so, dass das Bundesministerium für Gesundheit durch Rechtsverordnungen Parlamentsgesetze ändern kann; das bleibt ein

vollkommen unhaltbarer Zustand, über den wir ja in unserem vergangenen Interview schon gesprochen haben.
Quelle: idowa

3. **Kahlschlag der deutschen Krankenhäuser verhindern!**
Es gibt etliche Gesundheitsberater, die Corona zum Anlass nehmen, einen massiven Abbau von Krankenhauskapazitäten einzufordern. Die Frage, ob unser deutsches Gesundheitswesen überlastet sein könnte, wird nicht mehr gestellt. Die Meldungen von Krankenhäusern, die angesichts der Pandemie an ihre Behandlungskapazitäten gelangen, führen nicht zu der Schlussfolgerung, dass Kapazitäten ausgebaut oder zumindest nicht weiter abgebaut werden dürfen.
Die bange Fragestellung, ob die Behandlungskapazitäten in deutschen Krankenhäusern angesichts steigender Fallzahlen ausreichen werden, scheint bei ihnen keine Rolle zu spielen. Könnte es in Krankenhäusern zu Grenzentscheidungen kommen, welche/r PatientIn zuerst eine adäquate stationäre Corona-Behandlung erhält? Auch diese Fragestellung blenden die Gesundheitsberater offensichtlich aus.
Das Fatale; Gesundheitsberater wie Prof. Dr. Reinhard Busse und Prof. Dr. Boris Augurzki sind ständige Berater der Bundesregierung. Ihre Expertisen haben ein hohes Gewicht bei Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie recherchieren auch für die Bertelsmann Stiftung, die 2019 in einer Studie „Krankenhäuser schließen – Leben retten!“ 600 statt bisher 1.925 bundesdeutsche Krankenhäuser forderte.
Was die meisten BürgerInnen nicht verfolgen, ExpertInnen und Politik aber registrieren und aufgreifen: Inmitten der Corona-Krise preschen das BARMER Institut für Gesundheitssystemforschung, die Robert Bosch Stiftung und die Bertelsmann Stiftung jetzt mit einem „Richtungspapier zu mittel- und langfristigen Lehren“ vor, das den Titel „Zwischenbilanz nach der ersten Welle der Corona-Krise 2020“ trägt. Man reibt sich die Augen, denn es gibt sie tatsächlich noch, die BefürworterInnen klinischer Konzentrationsprozesse und Kapazitätsverringerungen. AutorInnen des Papiers: Prof. Dr. Boris Augurzky, Prof. Dr. Reinhard Busse, Prof. Dr. Ferdinand Gerlach, Prof. Dr. Gabriele Meyer. Trotz der Erfahrungen der Corona-Pandemie, die an die Kapazitätsgrenzen der Behandlungsressourcen ging und noch immer geht, empfehlen die AutorInnen der Bundesregierung und den Krankenkassenverbänden, Corona ausschließlich in großen Krankenhäusern behandeln zu lassen. Nicht belegte angebliche Qualitätsdefizite kleiner Krankenhäuser werden hierfür zur Begründung bemüht. Kleine ländliche Krankenhäuser würden somit aus hochwertigen Behandlungen – auch Corona – ausgeschlossen und komplett in ein Integriertes ambulant-/stationäres Zentrum (IVZ) umgestaltet. Mit der nicht belegbaren Behauptung, Corona könne man stationär lediglich in großen Krankenhäusern der

Schwerpunkt- oder Maximalversorgung adäquat behandeln, propagieren Gesundheitsberater und Stiftungen eine ganz neue Kliniklandschaft.
Quelle: Gemeingut in BürgerInnenhand

4. **Corona und kein Personal: Droht dem Gesundheitssystem der Kollaps?**
In Deutschland fehlt es an medizinischem Personal. Die Corona-Krise zeigt, dass eines der teuersten Gesundheitssysteme lange nicht das beste ist. Womöglich droht jetzt sogar der Kollaps.
Seit März 2020 wütet das Coronavirus. Im Herbst schwappt die zweite Welle über das Land. Die Intensivstationen füllen sich. Schutzmaterial, Beatmungsgeräte, das meiste ist da. Doch neben jedem Intensivbett müssen auch Menschen stehen. Und das ist kaum zu leisten.
Tatsächlich fehlen in der Pflege deutschlandweit 40 000 Stellen. Die Konsequenz aus einem jahrelangen Sparkurs, verbunden mit mangelnder Wertschätzung.
So geht es auch den Gesundheitsämtern. In den 70er- und 80er-Jahren war die Politik restriktiv und hat viele Aufgaben an die niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen weitergegeben. Auch dadurch entstandene Personalmängel bewirken nun, dass die Krise sich kaum bewältigen lässt. Vielerorts unterstützen bereits Bundeswehrsoldat*innen die Gesundheitsämter bei der Umsetzung von Hygieneverordnungen und der Kontaktverfolgung. Mobile Teams fahren zu alten Menschen, die es nicht mehr allein in Testcenter schaffen. Aufgaben wie Schuluntersuchungen und Suchtprävention dagegen bleiben liegen und schaffen neue Probleme in der Zukunft.
Immer mehr Expert*innen fordern jetzt ein Umdenken – vom Profitdenken hin zu einem Gesundheitssystem, das zum einen die Patient*innen im Blick hat, zum anderen aber auch die Menschen, die in diesem System arbeiten, fair bezahlt und wertschätzt. Sparen auf dem Rücken des medizinischen Personals darf kein Modell mehr für die Zukunft sein.
Quelle: ZDF Zoom
5. **Kein Bonus in Gottes Namen**
Ausgerechnet der kirchliche Träger Caritas verweigert seinen Angestellten den Corona-Bonus und bessere Bezahlung. Sozialarbeiter und Pflegekräfte sind frustriert.
Katharina Stein* hat keine Kinder und doch versorgt sie sieben. In diesem Jahr heißt das nicht nur sieben Mal Pubertät, sondern auch sieben Mal Kind in der Pandemie. Stein ist Erzieherin in einem Wohnheim für Jugendliche, die das Jugendamt aus ihren Familien entfernt hat. Kinder, deren Eltern gewalttätig oder drogensüchtig sind, junge Menschen, die nicht mehr zu Hause leben sollen, weil sie dort verwahrlosen würden. Stein und ihre Kolleginnen und Kollegen sind für sie da, auch wenn die Schule ausfällt, der Sportverein die Trainings absagt oder sich niemand mehr in Gruppen treffen darf.

„Die vergangenen acht Monate waren hart“, sagt Stein.
Die junge Frau hat sich bewusst nach der Erzieherausbildung für das katholische Wohnheim der Caritas entschieden. Ein sozialer Arbeitgeber, eine verantwortungsvolle Aufgabe, viel Abwechslung, all das habe sie gelockt, sagt Stein. Doch die Pandemie habe ihr besonders gezeigt, was es wirklich heißt, Verantwortung für andere zu haben.
„Normalerweise arbeiten wir ab mittags und bleiben bis zum nächsten Morgen. Unser Dienst endet, wenn die Kinder zur Schule fahren“, sagt Stein. Für den Fall, dass alle sieben Kinder wochenlang zu Hause bleiben müssen, hatte niemand vorgesorgt. Dienstpläne wurden umgestellt, Pausen waren kaum noch möglich.
Quelle: Zeit Online

6. **Coronahilfen für Selbständige: Statt Geld kommt eine Anzeige**
Zahlreiche Selbstständige erhalten Vorladungen der Polizei. Der Vorwurf: Subventionsbetrug. Verband spricht von mindestens 8.200 Fällen.
Für Gerd „Geraldino“ Grashaußer war es ein doppelter Schlag. Der Musiker aus Nürnberg musste wegen des zweiten Lockdowns erneut Auftritte absagen, mit denen er zumindest kleine Gagen erwirtschaftet hätte. Ende Oktober flatterte dann eine Vorladung ins Haus: Grashaußer, der seit Monaten von der Grundsicherung lebt, wurde versuchter Subventionsbetrug vorgeworfen.
Wie es dazu kam? Grashaußer beantragte im März recht schnell die Soforthilfe für Selbstständige aus Mitteln des Bundes und des Landes. Diese Gelder durfte er jedoch nicht für private Lebenshaltungskosten, sondern nur für betriebliche Zahlungsverpflichtungen verwenden. Diese „Betriebskosten“-Konstruktion sorgte von Anfang an für Proteste aus Kunst und Kultur.
Im Mai besserte die Bayrische Staatsregierung nach und beschloss die Künstlerhilfe: Soloselbstständige wie Grashaußer können nun bis zu 1.000 Euro pro Monat beantragen und von diesem Überbrückungsgehalt auch ihren Lebensunterhalt finanzieren. Die Künstlerhilfe gilt aber nicht für alle. Menschen wie Grashaußer, die bereits über 3.000 Euro Soforthilfe bekommen hatten, waren ausgenommen. Was dem Musiker jedoch nicht klar war.
Quelle: taz

***Anmerkung Anmerkung JK:**: Absurd, als ob die Repression nicht schon groß genug wäre.*

7. **Progressionsvorbehalt: Beziehern von Kurzarbeitergeld drohen Steuernachzahlungen**
Die große Koalition kann sich nicht auf eine Besserstellung von Kurzarbeitern einigen. Wer nun mehr zahlen muss – und wer hingegen sogar etwas zurückbekommen könnte.

[…]
Wer im Jahr 2020 Kurzarbeitergeld bezogen hat, muss sich daher nun auf mögliche Nachzahlungen bei der Einkommensteuer einstellen. Und das sind viele: Alleine im April waren mehr als zehn Millionen Arbeitnehmer in Kurzarbeit. Dass sie nun möglicherweise nachträglich Steuern zahlen müssen, liegt eben an jenem Progressionsvorbehalt, der für die Kurzarbeit gilt. Das bedeutet: Das Kurzarbeitergeld selbst ist zwar steuerfrei. Es erhöht jedoch den Steuersatz für die sonstigen Einkünfte der Beschäftigten – also vor allem für den regulären Lohn. Dadurch kann es bei der Steuer zu Nachzahlungen kommen.
Quelle: Süddeutsche

8. **Ungleiches Terrain: Eine Studie zu Größe und Einfluss der Finanzlobby in Deutschland**
   Der zerstörerische Einfluss der Finanzmärkte wurde im Jahr 2008 offensichtlich, als fehlende Regulierung und eine gefährliche Machtkonzentration im Finanzsektor eine weltweite Rezession auslösten. Diese Ereignisse hätten eigentlich deutlich machen sollen, wie dringend notwendig strengere Regeln für globale Finanzmärkte sind. Die Skandale um den Steuerraub CumEx und den Zahlungsdienstleister Wirecard sind weitere Indizien dafür, dass viele Bereiche der Finanzmarktregulierung weiterhin Lücken aufweisen.
   Doch Reformen haben sich als schwierig erwiesen, nicht zuletzt aufgrund erfolgreicher Interventionen der Finanzlobby in der Europäischen Union und in Deutschland. Ihre Stärke bei der Abwehr missliebiger Reformen war ausschlaggebend für die Verwässerung und teilweise Blockade wichtiger Regulierungsvorhaben. Trotzdem fehlten bislang Zahlen und Fakten zu Einfluss und Größe dieser Lobby in Deutschland. Finanzwende hat diese Wissenslücke zum Anlass genommen, um Einfluss und Stärke der Finanzlobby in Deutschland zu vermessen.
   Quelle: Finanzwende

   dazu: Untersuchung zur Finanzbranche 1500 Lobbyisten für 41 Politiker
   Wie groß der Druck der Finanzlobby in Deutschland sein kann, hat zuletzt der Wirecard-Skandal gezeigt. Eine neue Studie listet nun auf, wie schlagkräftig die Truppen der Interessenvertreter sind.
   Quelle: DER SPIEGEL

9. **Horrende Kosten bei Riester-Verträgen Anbieter kassieren bis zu 38 Prozent des eingezahlten Geldes**
   Riester-Sparerinnen und -Sparer werden vom Staat unterstützt. Eine neue Studie zeigt jedoch: Die Kosten vieler Versicherungsprodukte fressen die Zulagen schnell auf.

Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung unseres Lesers M.J.: *Sagenhafter Artikel, der zugibt, dass die ganze Aufblähung der Finanzindustrie nichts als Betrug war – und sich das trotzdem schönredet. Insbesondere der Abschnitt über die Staats-Zuschüsse offenbart eine Denkverweigerung bei Autoren und Redaktion, die wirklich schon pathologisch genannt werden muss, denn warum ist es zu loben, dass der Staat die Vermögensmanager teuer bezuschusst – statt dass er direkt die Renten (in einem beitragsfinanzierten solidarischen Umlagesystem) fördert?*

10. **Bis zu 1,4 Milliarden Euro Mehrkosten bei S 21?**
    Ein Fass ohne Boden: Interne Unterlagen der Stuttgart-21-Projektgesellschaft, die Kontext exklusiv vorliegen, zeigen, dass bereits 2019 mit verschiedenen Szenarien zur Kostenentwicklung für S 21 kalkuliert wurde. Selbst im günstigsten Fall liegen die Mehrkosten deutlich über den bisher bekannten Zahlen.
    Quelle: Kontext: Wochenzeitung
11. **System Dolphin: Wie Anleger Millionen verlieren**
    Es ist womöglich einer der größten Anlegerskandale: Die German Property Group (früher Dolphin) aus Niedersachsen steht im Verdacht, ausländische Investoren um ihr Geld gebracht zu haben. Deutsche Behörden ließen es geschehen. Wie konnte es so weit kommen?
    Quelle: Panorama 3
12. **BND sucht skrupellose Anfänger zum Trojanerbau**
    Die Schlapphüte suchen Cyber-Programmierer ohne Gewissen und bieten dafür Peanuts. Das stärkt das Vertrauen in die Unfähigkeit der Behörde.
    Die HVA Der BND ist endlich in der Zukunft angekommen und will jetzt in der ganz großen Liga mitspielen: Die Spione in schlechtsitzenden C&A-Anzügen sollen selbst Trojaner bauen, statt diese bei Firmen in lupenreinen Demokratien wie Italien oder Deutschland einkaufen zu müssen. Die von ranghohen Nazis aufgebaute Organisation sucht dafür nun “Cyber-Programmierer”. Ja, wirklich!
    Wer da eigentlich gecybert werden soll, was Cyber-Programmierer so den lieben langen Tag machen sollen und ob Bekanntschaft mit Cybernauten oder dem Cyberspace der 90er Jahre eigentlich eine Einstellungsvoraussetzung sind, lässt sich derzeit leider nicht genau herausfinden. Umso eindeutiger ist aber der Versuch, den Trojanerbau in feinstem Beamtendeutsch der Stellenausschreibung zu verpacken.
    Quelle: golem
13. **Völkerrechtliche Absurditäten**
    Die Bundesregierung hält auch nach den Wahlen in Venezuela an der Anerkennung

des selbsternannten Präsidenten und gescheiterten Putschisten Juan Guaidó als Staatsoberhaupt seines Landes fest. “Unsere Unterstützung” für “Interimspräsident” Guaidó werde fortgeführt, teilt der Staatsminister im Auswärtigen Amt Miguel Berger mit. Guaidó, der sich am 23. Januar 2019 selbst zum “Präsidenten” erklärt hatte, dessen Putschaufrufe in der folgenden Zeit aber trotz starker Unterstützung der westlichen Mächte erfolglos geblieben waren, gilt mittlerweile in der rechten venezolanischen Opposition als zunehmend isoliert. Mit Blick auf das Scheitern der Umsturzpolitik ruft der spanische Ex-Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero die EU zum Kurswechsel gegenüber Venezuela auf. Es führe zur “größten Absurdität in der Geschichte des internationalen Rechts”, wenn man weiterhin weder den gewählten Präsidenten Nicolás Maduro noch das jetzt gewählte Parlament, stattdessen aber den nicht gewählten Guaidó anerkenne, warnt Zapatero.
Quelle: German Foreign Policy

14. **Großbritannien rät bei schweren Allergien von Biontech-Impfstoff ab**
Nach der Impfung mit der Biontech-Vakzine haben zwei NHS-Mitarbeiter in Großbritannien allergische Reaktionen entwickelt. Vorsichtshalber sollen Menschen mit schweren Allergien daher vorerst nicht geimpft werden. (…)
Zwei NHS-Mitarbeiter hätten nach der Impfung schwere allergische Reaktionen erlitten. Den Angaben zufolge sind die beiden Betroffenen so anfällig für Allergien, dass sie stets ein Notfallset mit Adrenalin bei sich tragen. Beide erholten sich demnach wieder gut. Das MHRA will den Fällen nun weiter auf den Grund gehen. Die beiden Partner Biontech und Pfizer erklärten, die Behörde bei der Untersuchung zu unterstützen.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung Jens Berger: *Allergische Reaktionen sind bei Impfungen nicht ungewöhnlich. Verstörend ist jedoch, dass bei den großen Phase2/3-Studien mit mehr als 40.000 Probanden offenbar keine Menschen mit „schweren Allergien“ dabei waren. Wenn man sich vor Augen hält, dass bei den in Deutschland im Rahmen der Covid-19-Impfstoffstudien „eine regelmäßige Medikamenteneinnahme“ ein Ausschlusskriterium ist, muss man sich jedoch auch nicht wundern, dass zu Wechsel- und Nebenwirkungen wenig bekannt ist. Es bleibt das Prinzip Hoffen; für eine Massenimpfung ist das nicht gerade vertrauensbildend.*